

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

23.06.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Brisante Akte der Stasi – was steckt hinter dem Störfall am Stechlinsee?</b> <i>MOZ.de (Märkische Oderzeitung), 23.06.2023</i> .....	3
2   <b>Bundestag: Hitzige Debatte um LNG-Terminal Mukran</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 23.06.2023</i> .....	6
3   <b>Habeck ignoriert Widerstand gegen LNG auf Insel Rügen</b> <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 23.06.2023</i> .....	7
4   <b>Vereinbarung über Spezia Schiff für Rügen</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 23.06.2023</i> .....	9
5   <b>Japan schafft sich mit Fukushima-Kühlwasser die nächste Umwelt-Katastrophe</b> <i>focus.de, 23.06.2023</i> .....	10



MOZ.de (Märkische Oderzeitung) | 23.06.2023

👤 Martin Risken

🔗 WEBLINK

## Brisante Akte der Stasi – was steckt hinter dem Störfall am Stechlinsee?

*In den 1970er-Jahren soll durch eine technische Panne tonnenweise radioaktiv belastetes Wasser aus dem KKW Rheinsberg in den Stechlinsee gelangt sein. Besteht noch Anlass zur Sorge?*

Bei seinen Recherchen zur Geschichte des 1990 stillgelegten Kernkraftwerks (KKW) Rheinsberg ist der Historiker Dr. Sebastian Stude auf eine brisante Akte der Staatssicherheit der DDR mit dem Vermerk „Gesperrte Ablage“ gestoßen. Darin enthalten: Die Untersuchung zu einem Störfall, der nie Eingang in die offizielle Störfall-Statistik gefunden habe, die alleine für das KKW Rheinsberg 484 Zwischenfälle zwischen der Inbetriebnahme im Mai 1966 und der Einstellung 1990 auflistet.

Über einen längeren Zeitraum gelangte demnach kontaminiertes Wasser aus dem KKW in den Stechlinsee. Von 750 Tonnen radioaktiv belastetem Wasser sei in der Akte die Rede, die 1976 angelegt worden sei und bis 1989 außerhalb der Stasi von niemandem einsehen werden durfte. Den Störfall habe die Geheimpolizei damals zum Anlass für eine gründliche Bestandsaufnahme der Sicherheitsvorkehrungen im KKW genommen.

### Stasi listet Sicherheitsrisiken auf

Eine Reihe von weiteren Verstößen beziehungsweise Sicherheitsrisiken seien dabei festgestellt worden. So standen die Türen zum Verwaltungsgebäude sperrangelweit auf, ohne dass eine Zugangskontrolle erfolgte. Der Auslaufkanal zum Stechlinsee sei nur unzureichend gesichert gewesen, das dort angebrachte Netz reichte nicht bis auf den Boden. Das Zwischenlager auf dem Gelände für radioaktive Abfälle war demnach nur mit einem einfachen Zaun gesichert, den die Stasi für leicht überwindbar hielt. Insgesamt gerieten laut Stude etwa einhundert Personen in Verdacht, etwas mit dem Zwischenfall, der auf eine defekte Steckscheibe und einen Rohrdurchbruch zurückzuführen sei, zu tun zu haben.

Doch am Ende fehlten die Beweise, um jemanden zu belangen. „Es war keine Sabotage, sondern eher ei-

ne technische Panne“, erklärte Stude bei der Vorstellung seiner Forschungsergebnisse in Gransee, zu der das Stasi-Unterlagen-Archiv Frankfurt (Oder) eingeladen hatte.

Aus dem Publikum gab es zu dem in der Akte beschriebenen Störfall kritische Fragen. Kann den Angaben der Stasi überhaupt Glauben geschenkt werden? Doch Stube ist sich sicher: „Das ist so geschehen, das ist Fakt“.

Wieso aber hat die am Ufer des Stechlinsees Ende der 50er-Jahre errichtete Forschungsstation keine Beweise für die Kontamination liefern können? Ihnen fehlen schlichtweg die Instrumente für den Nachweis, so der Autor. Die dort angesiedelte Station hatte demnach in erster Linie den Auftrag, die Erwärmung des Sees durch den Betrieb des KKW zu untersuchen. Für Kühlzwecke wurden täglich fast 300 Millionen Liter Wasser aus dem benachbarten Nehmitzsee entnommen, durch das Kraftwerk gepumpt und anschließend um etwa zehn Grad erwärmt in den Stechlinsee geleitet. Und das über einen sehr langen Zeitraum von mehr als 20 Jahren.

Die Nachfolgeeinrichtung der am Ufer des Stechlinsees errichteten limnologischen Forschungsstelle existiert noch heute: das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB). Ist das Wasser im Stechlinsee womöglich radioaktiv belastet? „Bei der bakteriellen Produktionsmessung würden wir sicherlich mitbekommen, ob das Wasser noch kontaminiert ist. Spezifisch messen wir die Radioaktivität aber im Wasser nicht. Wäre es aber verseucht, würden unsere Wischtests immer zu hohe Werte liefern! Das ist aber nicht der Fall“, teilte Prof. Dr. Hans-Peter Grossart vom IGB auf Nachfrage mit.

In Neuglobsow machen sich einige Einwohner wohl schon länger Sorgen um die Qualität des Trinkwas-

sers. Sind auch diese Befürchtungen unbegründet? Anke Freitag, Vorstandsvorsteherin des TAV Lindow-Gransee, erklärte dazu auf Nachfrage: „Über eine Einleitung kontaminierter Wässer in den Stechlinsee durch einen Störfall im KKW Rheinsberg ist uns nichts bekannt. Das Einzugsgebiet für das Wasserwerk Neuglobsow-Dagow erstreckt sich in Richtung des südlich angrenzenden Waldgebietes und damit weg vom Stechlinsee. Ein Zufluss von Wasser aus dem Stechlinsee zum Wasserwerk Neuglobsow-Dagow ist ausgehend von den geohydraulischen Gegebenheiten nicht möglich und kann ausgeschlossen werden.“

Und weiter heißt es in der Stellungnahme: „Darüber hinaus hatten wir auch keine Hinweise, dass über den Luftpfad ausgehend vom KKW radioaktive Stoffe verbreitet wurden. Insofern gab es durch den TAV Lindow-Gransee auch keine Untersuchungen potenziell kraftwerksbürtiger radioaktiver Stoffe im Wasserwerk Neuglobsow-Dagow.“

### **Keine Hinweise auf Gefährdung des Trinkwassers erhalten**

Es sei bekannt, dass die Grundwasserbeschaffenheit im Umfeld des ehemaligen KKW Rheinsberg durch die Energiewerke Nord, die für den Rückbau des Kernkraftwerkes verantwortlich sind, unter behördlicher Kontrolle seit Langem regelmäßig untersucht und bewertet werde. „Nach unserem Kenntnisstand gab es während des Betriebes und in der sich anschließenden Rückbauphase keine Vorfälle, die eine Gefährdung der bestehenden Trinkwassergewinnung dargestellt hätten“, gibt die Vorstandsvorsteherin auch aus Sicht des Trinkwasserversorgers Entwarnung.

### **Zur Person**

*Dr. Sebastian Stude beschreibt anhand von Quellen unter anderem aus dem*

*Stasi-Unterlagen-Archiv die Geschichte der DDR-Kernenergiewirtschaft am Beispiel des Kernkraftwerkes Rheinsberg.*

*In seiner Doktorarbeiten, die 2022 unter dem Titel „Roter Strom“ als Buch im Mitteldeutschen Verlag veröffentlicht wurde, wird beschrieben, wie der zentral entworfene Strukturwandel die Lebenswirklichkeit der Menschen vor Ort prägte.*

*In Gransee stellte der Historiker im Juni 2023 seine Forschungsergebnisse vor, die auf Quellen aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv, Überlieferungen aus dem Betriebsarchiv des Kernkraftwerkes sowie Zeitzeugengesprächen basieren.*

*Sebastian Stude, 1979 in Halle/Saale geboren, studierte bis 2006 Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und an der Humboldt-Universität zu Berlin.*

*2012 war er wissenschaftlicher Gutachter der Enquete-Kommission 5/1 des Landes Brandenburg, die sich mit der Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg beschäftigte.*

*Zuletzt war er Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen für das Projekt „Die Stasi und das Kernkraftwerk Greifswald“.*



**Bildunterschrift:** Blick ins stillgelegte Kernkraftwerk Rheinsberg: Fässer mit radioaktivem Müll standen hier 2004 hinter einem Warnschild. Die Stasi soll einen Störfall in den 70er-Jahren unter Verschluss gehalten haben, den die Geheimpolizei für umfangreiche Ermittlungen zur Sicherheit der Anlage nutzte.



**Bildunterschrift:** Hat unter dem Betrieb des KKW Rheinsberg gelitten: der Große Stechlinsee in Neuglobsow.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 23.06.2023 | S. 18

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

## BEFÜRWORDER UND GEGNER DISKUTIEREN

# Bundestag: Hitzige Debatte um LNG-Terminal Mukran

## Der Bundestag hat in erster Lesung die Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes diskutiert.

Das vom Bund geplante LNG-Terminal in Mukran (Insel Rügen) hat im Bundestag für hitzige Debatten gesorgt. Bedenken an dem im Ressort von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) verankerten Vorhaben kamen auch aus den Reihen der grünen Bundestagsfraktion.

Die Frage, ob mit dem Terminal auf Rügen Überkapazitäten geschaffen werden, sei noch nicht ausreichend beantwortet, so die Grünen-Abgeordnete Lisa Badum. Zudem warte der Bund noch immer auf ein kraftvolles Ja der Landesregierung. Sie warf der Schwesig-Regierung einen „eleganten und teilweise durchsichtigen Schlingerkurs“ vor. Der in MV umstrittene Gesetzesentwurf wurde am Mittwochabend in erster Lesung im Bundestag beraten. Das Bundeswirtschaftsministerium will Mukran noch vor der Sommerpause in das Gesetz aufnehmen.

Habeck verteidigte die Pläne: „Wenn 55 Milliarden Kubikmeter Gas, die über Lubmin in den Osten und Süden fließen, wegfallen, gibt es ein infrastrukturelles Problem.“ Mit Blick auf die Kritik an dem Projekt und den auf der Insel angestrebten Bürgerentscheid sagte Habeck: Die Bundesregierung müsse sich darauf konzentrieren, die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen.

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD), warb um eine zügige Beschlussfassung in der nächsten Sitzungswoche. Die Bundesregierung werde alles tun, um die Lasten so gering wie möglich zu halten. „Ostdeutschland, Tschechien Bayern: Alle hängen an dieser Pipeline.“ Zustimmung zum Gesetzesentwurf signalisierte die FDP: Es gehe darum, die Energiesouveränität so schnell wie möglich zu-

rückzugewinnen, so der Liberale Michael Kruse. „Haben ist besser als brauchen.“ In einigen der Szenarien wäre es so, dass der Osten Deutschlands und Bayern nicht genügend Gas zur Verfügung hätten. Zustimmung Signale auch aus den Reihen der SPD: „LNG ist fossil, LNG ist nicht schön, aber für den Übergang unverzichtbar“, sagte der Abgeordnete Bengt Bergt. Er gehe davon aus, dass die tatsächlichen Belastungen kleiner seien als auf der Insel befürchtet. Er verwies auf Usedom, wo auf der polnischen Seite in Swinemünde ein LNG-Terminal betrieben wird. „Mukran kann ein Zukunftshafen werden.“

Heftige Kritik an dem Gesetzesentwurf kam hingegen aus den Reihen der CDU. Der Bundestagsabgeordnete Andreas Mattfeldt kritisierte die Vorfestlegung der Bundesregierung auf den Standort Mukran gegen den Willen der Bevölkerung. „Ich halte das für einen Skandal.“ Ein Offshore-Standort 18 Kilometer vor der Küste hätte für größere Akzeptanz sorgen können. Der Vorwurf: Habecks Ministerium nehme die Bedenken der Bevölkerung auf die leichte Schulter.

Philipp Amthor, der als einziger Abgeordneter aus MV sprach, plädierte dafür, das Gesetz nicht im Hauruck-Verfahren durchzubringen. „Gründlichkeit muss vor Schnelligkeit gehen“, sagte er. „Der ganze Vorgang ist und bleibt ein kommunikatives Desaster der Bundesregierung und der Landesregierung.“

Eine Beschlussfassung vor der Sommerpause scheint allerdings wahrscheinlich. Der Gesetzesentwurf soll am 3. Juli in den Fachausschüssen diskutiert werden und könnte dann am 7. Juli im Bundestag beschlossen werden. Der Bundesrat tagt ebenso am 7. Juli ein letztes Mal vor der Sommerpause.

## Habeck ignoriert Widerstand gegen LNG auf Insel Rügen

*Die Ampel regiert gegen den massiven Protest auf Rügen und peitscht ein beschleunigtes Verfahren zum Bau von LNG-Terminals durch den Bundestag. Doch noch haben die Gegner zwei Trümpfe in der Hand.*

**Berlin/Binz.** Es war spät am Mittwochabend, als die Ampelkoalition im Bundestag kurzfristig doch noch ihre seit langem geplanten Änderungen beim LNG-Beschleunigungsgesetz auf das politische Gleis setzten. Das Gesetz aus dem Haus von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sieht vor, den Genehmigungsbehörden zu ermöglichen, vorübergehend und unter klar definierten Bedingungen von bestimmten Verfahrensbedingungen, besonders bei der Umweltverträglichkeitsprüfung, abzusehen.

### Nur Amthor engagierte sich für die Inselbewohner

Wohlwissend, dass der Protest gegen ein im Hafen von Mukran auf Rügen geplantes riesiges LNG-Terminal zum Anlanden von Flüssiggas massiv ist, engagierte sich in der Bundestagsdebatte lediglich der CDU-Abgeordnete Philipp Amthor aus dem Nordosten für die Interessen der Inselbewohner. Die für Rügen direkt gewählte SPD-Abgeordnete Anna Kasautzki schwieg in der ersten Lesung des Gesetzes, der Vorpommer Erik von Malottki war ebenfalls nicht zu vernehmen und auch die Volksvertreter aus Mecklenburg-Vorpommern, Leif-Erik Holm (AfD) und Dietmar Bartsch (Linke), beschränkten sich aufs Zuhören.

Amthor sprach von einem „traurigen Höhepunkt des Kommunikationsdesasters zwischen Robert Habeck und Manuela Schwesig“. Das Schwarze-Peter-Spiel auf dem Rücken der Bürger sei unerträglich. Es sei beschämend, dass ein Alternativ-Standort für ein Terminal weiter draußen auf der Ostsee nie ernsthaft erwogen worden seien, sagte der CDU-Mann.

Trotzdem: Eines wurde in der Debatte schnell deutlich – die Vertreter der Ampel, und damit die Mehrheit des Bundestages, werden diesem Gesetz zustimmen. Zunächst geht der Entwurf in der nächsten Woche in den Wirtschaftsausschuss, anschließend gibt es die zweite

Lesung im Bundestag und am letzten Tag vor der Sommerpause, am 7. Juli, dürfte der Bundesrat als Länderkammer den Deckel auf das Gesetz draufmachen.

Derweil rüsten sich die Gegner des LNG-Terminals für ihren weiteren Widerstand. „Wir werden uns mit allen juristischen Mitteln gegen den Bau wehren, sobald die entsprechenden Anträge gestellt werden. Unser Rechtsanwalt Dr. Reiner Geulen bereitet derzeit eine einstweilige Anordnung vor, die wir beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einreichen werden. Wir sind insgesamt sehr zuversichtlich“, teilte Karsten Schneider, Bürgermeister des vom LNG-Terminal besonders betroffenen Ostseebades Binz, mit.

Die Politik in Berlin schreite unbeirrt voran und ignoriere die Interessen unserer Bevölkerung, kritisierte Schneider und kündigte Bürgerentscheide auf der Insel an. „Was ich so höre, sind die Menschen eindeutig dagegen. Es ist mir als Bürgermeister jedoch wichtig, dies zweifelsfrei und basisdemokratisch festzustellen. Ich habe die Landesregierung gebeten, bis zum Ergebnis der Bürgerentscheide, voraussichtlich im August, die Pläne auf Eis zu legen. Bis heute haben wir dazu keine Antwort erhalten“, sagte Schneider.

### LNG treibt Keil zwischen Bundes- und Landes-SPD

Apropos Landesregierung: Die hatte zuletzt im Bundestag versucht, das LNG-Gesetz noch abzumildern – doch auch dort wurde die von Manuela Schwesig (SPD) geführte Landesregierung von der Ampel-Mehrheit (inklusive der Stimmen der SPD) ausgebremst. Das LNG-Terminal auf Rügen treibt offensichtlich einen Keil zwischen Landes-SPD und Bundes-SPD.

Während Bürger und Politiker vor Ort auf Rügen durch das LNG-Terminal negative Auswirkungen auf Tourismus und Naturschutz befürchten, stellt die Bundesre-

gierung eine vermeintliche Versorgungsknappheit in den Mittelpunkt ihrer Politik.

Allerdings warnen Skeptiker seit Monaten vor dem Aufbau von teuren und wenig umweltfreundlichen

Überkapazitäten im LNG-Bereich. Die Bundesregierung sei bis heute den unabhängigen Nachweis schuldig geblieben, ob das Terminal auf der größten Ur- laubsinsel Deutschlands überhaupt benötigt werde, so die Kritik.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 23.06.2023 | S. 18

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

## Vereinbarung über Spezialschiff für Rügen

Der Betreiber des geplanten Flüssigerdgas-Terminals im Hafen Mukran auf Rügen, Deutsche Regas, hat eigenen Angaben zufolge mit der Bundesrepublik Deutschland eine Vereinbarung über das benötigte Spezialschiff geschlossen. „Damit ist ein weiterer Meilenstein für die Phase II des LNG-Terminals „Deutsche Ostsee“ erreicht“, sagte Regas-Geschäftsführer Ingo Wagner. Das Unternehmen übernimmt demnach

als Sub-Charterer die Rechte und Pflichten aus einer zwischen der Bundesrepublik und dem griechischen Schiffseigner geschlossenen Vereinbarung. Hierzu gehören demnach auch alle Kosten für die Pacht des Regasifizierungsschiffes (FSRU) „Transgas Power“. Dieses wird benötigt, um das Flüssigerdgas nach dem Transport umzuwandeln.



focus.de | 23.06.2023

Nadja Podbregar

WEBLINK

## 12 JAHRE NACH DEM AKW-UNGLÜCK

# Japan schafft sich mit Fukushima-Kühlwasser die nächste Umwelt-Katastrophe

### Erste Tests für die umstrittene Freisetzung des tritiumhaltigen Wassers haben begonnen.

Es ist soweit: In Fukushima haben erste Tests zur Freisetzung des gereinigten, aber noch mit Tritium kontaminierten Kühlwassers aus dem havarierten Atomkraftwerk Fukushima Daiichi begonnen. Geplant ist, die rund 1,25 Millionen Tonnen tritiumhaltigen Wassers zu verdünnen und über einen Tunnel rund einen Kilometer weit ins Meer hinauszuleiten. Die Einleitung könnte in wenigen Wochen beginnen.

Während Fischer und Umweltorganisationen protestieren, betont der Betreiber Tepco, dass das eingeleitete Tritium den natürlichen Tritiumgehalt des Pazifiks kaum verändern wird.

Im März 2011 führten ein Erdbeben und Tsunami zu einem schweren Atomunfall im japanischen Atomkraftwerk Fukushima Daiichi. Seither müssen die havarierten Reaktoren gekühlt werden, wegen zahlreicher Lecks produziert dies täglich rund 150 Tonnen radioaktiv verseuchtes Kühlwasser. Inzwischen lagern mehr als 1,2 Millionen Tonnen davon in gut tausend Tanks auf dem Kraftwerksgelände. Das Wasser enthält unterschiedlich hohe Dosen an 61 Radionukliden – darunter auch radioaktives Strontium, Cäsium, Iod und Kobalt.

#### Aus den Tanks ins Meer

Zur Reinigung dieses Wassers hat der Kraftwerksbetreiber Tepco schon vor einigen Jahren eine spezielle Aufbereitungsanlage, das sogenannte „Advanced Liquid Processing System“ (ALPS), installiert. Dieses entfernt laut Betreiber alle Radionuklide außer dem radioaktiven Tritium aus dem Wasser. Allerdings legten geleakte Dokumente im Jahr 2019 nahe, dass das ALPS-System weniger gut arbeitet als von Tepco angegeben. Neben Tritium sollen demnach auch andere radioaktive Nuklide weiterhin enthalten sein.

Dennoch genehmigte die japanische Regierung im Jahr 2021 den Plan, das gereinigte Kühlwasser ab 2023 verdünnt ins Meer einzuleiten – trotz Protesten von bei Fischern, Umweltorganisationen und Nachbarländern Japans. Für die Einleitung wurde ein System von Pumpen und Tunneln gebaut, das rund einen Kilometer vor der Küste im offenen Ozean endet.

#### Tests für die Einleitung haben begonnen

Jetzt steht die Einleitung unmittelbar bevor: Am 19. Juni haben erste Tests der Pumpsysteme in Fukushima begonnen, vorerst noch mit sauberem Wasser. Laut Tepco werden diese Tests zwei Wochen dauern, bevor dann Anfang Juli eine Reihe von offiziellen Überprüfungen durch die japanische Atomenergiebehörde folgen. Verlaufen diese Tests wie geplant, könnte anschließend die Einleitung des tritiumhaltigen Wassers in den Pazifik beginnen.

Doch was bedeutet dies für den Ozean und die Meeresumwelt? Wie hoch ist die radioaktive Belastung? Nach Angaben der internationalen Atomenergieagentur (IAEA) sind die in den Pazifik freigesetzten Mengen an radioaktivem Tritium unbedenklich, weil sie sich sehr schnell stark verdünnen – und weil Tritium schon von Natur aus in geringem Anteil in jedem Meerwasser enthalten ist. Laut IAEA-Tests von Anfang 2023 sollen die Konzentrationen an Radionukliden außer Tritium im gereinigten Wasser weit unter gesetzlichen Grenzwerten liegen.

#### Kritik und Misstrauen

Allerdings sind nicht alle Kritiker davon überzeugt. „Japans Plan, das aufbereitete, kontaminierte Kühlwasser in den Pazifik einzuleiten, ist verfrüht und schlecht beraten“, sagt der Meeresforscher Robert

Richmond von der University of Hawaii. Die von Tepco vorgestellte radiologische Umweltfolgenabschätzung sei inadäquat und lückenhaft, ähnliches gelte für die Überwachungspläne. In diesen seien beispielsweise keine Vorkehrungen zum Schutz der Meeresumwelt im Falle einer Fehlfunktion getroffen worden.

Auch japanische und südkoreanische Fischer protestieren weiterhin gegen die geplante Einleitung des Fukushima-Kühlwassers. Sie sehen ihre Lebensgrundlage bedroht. Kritisch sieht den Plan auch der Strahlenforscher Tony Hooker von der University of Adelaide: „Auch wenn diese Einleitung die wissenschaftlichen und regulatorischen Vorschriften erfüllen mag, bleibt es fraglich, ob wir das Meer weiterhin als Deponie nutzen dürfen, wenn unsere Ozeane ohnehin schon belastet sind“, so der Forscher.

### **Was passiert mit dem Tritium im Ozean?**

Was die eingeleitete Tritiummenge konkret für den

Ozean bedeutet, erklärt der Physiker Nigel Marks von der Curtin University in Australien so: „Der Pazifische Ozean enthält rund 8.400 Gramm reines Tritium, während Japan in Fukushima rund 0,06 Gramm Tritium pro Jahr einleiten wird“. Seiner Ansicht nach wird Extramenge Tritium daher keinen Unterschied machen. Andere Forscher schätzen, dass es rund 30 Jahren dauern wird, bis gut 80 Prozent der vom eingeleiteten Tritium ausgehenden Radioaktivität verloren gegangen sind.

Wie sich das in Fukushima eingeleitete Tritium anschließend im Pazifik verbreiten wird, haben Wissenschaftler im Jahr 2021 mithilfe von Modellsimulationen untersucht. Demnach wird sich der größte Teil des Tritiums über den äquatorialen Pazifik nach Osten ausbreiten. Nach drei Jahren könnte es dann auch die Westküste der USA erreichen – möglicherweise sogar in höheren Konzentrationen als an den Küsten Japans und Chinas.